

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 342.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle in Schwedt, Brückenstraße 3, 1,25 M. für den Monat, 5 M. für die Woche; bei Lieferung durch unsere Boten in Schwedt frei ins Haus 1,43 M. für den Monat. Für Postbezug das übliche Bestellgeld. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Schwedt.



Postcheckkonto Berlin 39142. Anzeigen werden mit 20 Pf. für die einpaltige Zeile berechnet. Die Reklamezeile kostet 60 Pf. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen sowie für telephonisch aufgebene oder undeutlich geschriebene Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Bei zwangsweiser Eintreibung kein Rabatt. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden am Vortage erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 275

Freitag, den 24. November 1933

40. Jahrgang

Zeitwende

Situation und Bedeutung des Kanzler-Interviews.

Reichweite und Auswirkungen des Interviews, das Reichskanzler Hitler dem Vertreter der Pariser Wirtschaftszeitung „L'Information“, de Brinon, jetzt gegeben hat, werden sich erst in den kommenden Wochen und Monaten in ihrem ganzen Umfang herausstellen. Um das Gewicht dieses Gesprächs annähernd ermessen zu können, muß man sich die außenpolitische Lage klarmachen, wie sie sich in den letzten 48 Stunden ergeben hat.

Die große Politik, die seit Jahren in Europa auf dem Fleck zu treten schien, hat sich seit dem 15. Oktober, dem Tage des deutschen Auszuges aus Genf, in einem Tempo zu bewegen begonnen, das fast an die Siebenmeilenstiefel des Märchens erinnern will. Und das gilt besonders von der letzten Woche und erst recht von den beiden letzten Tagen. Der von Frankreich und England in Genf gemachte Versuch, die seligen Tage endloser Verhandlungen in der berühmten Genfer „Atmosphäre“ noch einmal heraufzubeschwören und das so oft böswillig getäuschte Deutschland ohne jede Zusicherung ehrlicherer Methoden ein letztes Mal an die himmelsvollen Gestirne des Schweizer Sees zu loden, sind endgültig gescheitert. Der englische Außenminister nahm das Schaugepränge der Londoner Parlamentsöffnung zum Vorwand, um weiteren Zudringlichkeiten des französischen Kollegen Paul-Boncour zu entkommen. Dieser selbst sah sich in dem weitläufigen „Völkerbund“-palast so vereinsamt wie sein eigenes Land in der europäischen Politik und fuhr ebenfalls nach Hause.

Raum in Paris angekommen, versicherte er den ihn erwartenden Journalisten: „Über die Stellungen des 14. Oktober sind gehalten.“ Der französische Herr Außenminister hat sich erst vor wenigen Wochen von seiner Presse Unwahrhaftigkeit und Täuschungsversuch vorhalten lassen müssen, als er trotz englischer und amerikanischer Dementis wiederholt behauptete, es bestehe eine französisch-englisch-amerikanische „Einheitsfront“ in der Abrüstungsfrage gegenüber Deutschland. Die oben zitierte Behauptung Paul-Boncour ist genau so un wahr: die englische Regierung hat ihren eigenen Außenminister veranlaßt, in aller Form zu betonen, daß er seine Erklärung vom 14. Oktober über die erneute Verweigerung der Gleichberechtigung und die Verfälschung des Macdonald-Planes nicht mehr aufrechterhalten könne und England sich an diese Erklärung nicht mehr gebunden fühle — eine mehr als deutliche Wsfage an die Beremigung der Pariser Gewaltpolitik.

Aber damit noch nicht genug. Vor einem Jahre noch hätten die Nachhaber des Genfer Nächstestates den „eigenmächtigen“ Austritt einer Großmacht für genau so unmöglich gehalten wie die direkte Forderung nach Gleichberechtigung durch Deutschland — seit dem 15. Oktober haben sie daran glauben müssen. Auch damit noch nicht genug! Heute, nur fünf Wochen danach, kann man in führenden Blättern der ausländischen Presse noch ganz andere Dinge lesen: kein geringerer als die Londoner „Times“, das halbamtliche Londoner Regierungsblatt, fordert klipp und klar eine — Reform des Völkerbundes! Und noch deutlicher wird die gleichfalls der englischen Regierung nahestehende „Morningpost“: „Die Revisionsfrage ist jetzt in den Vordergrund getreten. England schwankt noch. Frankreich allein leistet noch der Revision Widerstand. Eine neue Offensive gegen Versailles hat tatsächlich schon begonnen. Dazu ist eine Reform des Völkerbundes unbedingt notwendig.“ Ähnliches kann man auch in der führenden italienischen Presse lesen.

Mit anderen Worten: der Gedanke der Notwendigkeit der Vertragsrevision hat nun auch außerhalb Deutschlands die feste Form der direkten Forderung angenommen! Erscheint die schon stürmisch zu nennende Entwicklung dieser Lage nicht als ein neuer durchschlagender Beweis gegen die wie ein Alp auf Europa liegende Verschleppungs- und Friedensverhinderungspolitik des sogenannten Völkerbundes? Raum ist er durch Deutschland in seiner ganzen Sinnlosigkeit entlarvt und aus der europäischen Politik praktisch ausgeschaltet, da kommt der Karren flott ins Rollen.

In diese Situation hinein traf das Kanzler-Interview, dessen schwerwiegende Bedeutung von der gesamten Weltpresse ausführlich behandelt wird. Mit Recht. Man muß wissen, daß de Brinon, dem der Führer die Unterredung gewährte, nicht irgendein beliebiger Korrespondent ist, sondern in Paris eine halbamtliche Stellung hat, wie es der Londoner „Daily Telegraph“ nennt: und man muß weiter wissen, daß de Brinon bei der Londoner Weltwirtschaftskonferenz dem engeren Stabe des damaligen französischen Ministerspräsidenten Daladier selbst zugehörig war. Diese Unterredung dürfte mitbin — auch

von französischer Seite aus gesehen — ein ganz anderes Gewicht haben als ein gewöhnliches Presseinterview.

Über den Inhalt ist kein Wort mehr zu sagen, der Kanzler hat klar genug gesprochen. Wieder hat er die Hand über den Rhein ausgestreckt. Kein Wunder, wenn man in Londoner Blättern überschrieben liest wie die: „Hitler spricht zu Frankreich. Ein Interview von außergewöhnlicher Bedeutung.“ Oder der italienische „Corriere della Sera“ schreibt: „Mit solchem Freimuth kann nur ein mit Vollmachten ausgestatteter und seiner historischen Verantwortung bewußter Führer sprechen.“ Das Blatt deutet mit dieser sehr richtigen Kennzeichnung schon die noch unübersichtbare Reichweite dieser bedeutungsvollen Unterredung an.

Es gibt auch jetzt noch Unbelehrbare bzw. Böswillige an der Seine und an der Themse, die dem offenen und staatsmännisch weitgreifenden Wort Adolfs Hitlers an die Adresse Frankreichs nichts anderes entgegenzuhalten haben als die neue Anzweifelung seiner Ehrlichkeit. Mögen sie! Sie sind schon heute in einer verschwindenden Minderzahl! und die Zeit wird über diese bezahlten Friedensstörer genau so hinweggehen wie über die heute erledigten Belämpfer der Tributrevision und über die schon unterliegenden Gegner der Versailler Revision überhaupt. Der Kanzler hat in einem weithistorischen Augenblick in das Rad der europäischen Geschichte gegriffen. Die Bewegung ist nicht mehr aufzuhalten. P.A.M.

Das endgültige amtliche Gesamtergebnis von Volksabstimmung und Reichstagswahl

Der Reichswahlaustrich hat die amtlichen endgültigen Gesamtergebnisse der Volksabstimmung und der Reichstagswahl vom 12. November d. J. festgestellt, die nur ganz geringfügig von den zuletzt bekanntgegebenen vorläufigen Ergebnissen abweichen. Bei der Volksabstimmung wurden 40 632 628 gültige Ja-Stimmen abgegeben. Hinsichtlich des Reichstages bleibt es bei den schon ermittelten 661 Reichstagsmandaten, wovon 645 auf die Wahlkreise und 16 auf die Reichsliste entfallen.

Im einzelnen stellt sich das endgültige Gesamtergebnis wie folgt: Gesamtzahl der zur

Reichstagswahl

abgegebenen Stimmen 43 053 616. Zahl der auf die Reichswahlvorschläge der NSDAP entfallenden gültigen Stimmen 39 653 212. Zahl der ungültigen Stimmen 3 398 404. Gesamtzahl der zur

Volksabstimmung

abgegebenen Stimmen: 43 491 575. Zahl der gültigen „Ja“-Stimmen 40 632 628, Zahl der gültigen „Nein“-Stimmen 2 101 191, Zahl der ungültigen Stimmen 757 756. Die Zahl der Stimmberechtigten, die auf Grund von Stimmscheinen abgestimmt haben, betrug 1 231 905.

Die Zahl der völlig leer abgegebenen Umschläge belief sich auf 21 775.

Es sind diesmal im Gegensatz zu früheren Wahlen keine nennenswerten Wahlensprüche zu verzeichnen.

Die Frühjahrsoffensive der Arbeitsschlacht.

Der Reichsarbeitsminister über die neuen Pläne.

Reichsarbeitsminister Selbte äußerte sich in einer Unterredung über den eben beendeten Abschnitt der Arbeitsschlacht und über die kommende Arbeitsoffensive 1934. Auf die Frage, ob bereits Aufgabengebiete für die im Frühjahr 1934 vorgesehene zusätzliche Arbeitsbeschaffung vorgesehen sind, erklärte Selbte u. a.: Die bekannten Maßnahmen, die die Reichsregierung für den bevorstehenden Winter getroffen hat, um einen Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt zu verhüten, rechtfertigen die bestimmte Erwartung, daß die Reichsregierung bei dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu Beginn des nächsten Jahres

von einer erheblich günstigeren Ausgangsstellung ausgehen wird als im Frühjahr 1933. Im Rahmen der Arbeitsbeschaffung wird auch die Landwirtschaftliche Siedlung wie bisher mit allem Nachdruck gefördert werden. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß für eine dauernde Gesundung des deutschen Arbeitsmarktes und der deutschen Wirtschaft eine starke Umstellung des deutschen Volkes von gewerblicher und industrieller Tätigkeit auf

die Bewirtschaftung des heimischen Bodens unerläßlich ist. Die Aufwärtsbewegung der Konjunktur wird in Deutschland fast ausschließlich

Ich habe den Glauben, daß wir nicht geboren sind, glücklich zu sein, sondern unsere Pflicht zu tun, und wir wollen uns segnen, wenn wir wissen, wo unsere Pflicht ist. Friedrich Nietzsche

vom Binnenmarkt getragen, und zwar sind es in erster Linie die Maßnahmen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung, die die Belebung der Wirtschaft bewirken. Die öffentliche Arbeitsbeschaffung hat schon jetzt zu einer merklichen Belebung auch der Privatwirtschaft geführt. Auch im kommenden Frühjahr werden die Maßnahmen der Reichsregierung zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit

der Privatwirtschaft in erheblichem Umfang zugute kommen

und sie weiter beleben. Zum Schluß äußerte sich der Minister noch über Arbeitsdienstfragen, wobei er u. a. sagte, daß bis auf weiteres eine Verdichtung des Reges der Lager nicht in Frage komme. Die große Masse der aus dem Arbeitsdienst nach Ableistung ihrer 52wöchigen Tätigkeit entlassenen finde Arbeit, da die Arbeitgeber die aus dem Arbeitsdienst Ausscheidenden gern aufnahmen. Eine Einrichtung, die die Entlassungsfragen

in großzügiger Weise und sozial regelt, sei im Aufzug. Die Bedeutung des Freiwilligen Arbeitsdienstes für die Mittel liege in erster Linie darin, daß die Mädel aus den Städten zu Landfrauen umgeformt werden.

Goebbels über die Reichskulturkammer.

Die Reichskulturkammer trat zu ihrer ersten Arbeitssitzung zusammen. Der Präsident, Reichsminister Dr. Goebbels, betonte in einer Ansprache, daß die berufsständische Gliederung und Zusammenfassung aller geistig Schaffenden, wie sie in der Reichskulturkammer und den sieben einzelnen Kammern jetzt durchgeführt worden ist, richtig gegeben und wegweisend für alle anderen Berufsweige sein soll. Die Präsidenten der Einzelkammern dürfen sich nicht mehr als Vertreter eines einzelnen Berufsverbandes, sondern als Treuhänder des gesamten Kulturstandes fühlen, den die Kammer repräsentiere. Der neue soziale Mensch werde nicht schon durch die Schaffung der Kammern erzeugt, sondern erst das Produkt einer jahrelangen Erziehungsarbeit im nationalsozialistischen Sinne sein. Die Reichskulturkammer soll in der Zukunft die geistige Repräsentanz der gesamten Nation werden.

Neue Schläge gegen die Staatsfeinde.

Bisher 2300 rote Funktionäre und 25 000 Zentner Schriftstoffsicher gestellt.

Dem Geheimen Staatspolizeiamt zu Berlin ist es in letzter Zeit gelungen, eine Reihe neuer erfolgreicher Schläge gegen die marxistischen Staatsfeinde zu führen. Die Zahl der verhafteten kommunistischen Funktionäre betrug nach den Festnahmen der letzten Zeit insgesamt etwa 2300. Gegen mehr als die Hälfte der Verhafteten ist ein Hochverratsverfahren im Gange. Ein anderer Teil ist in Schutzhaft genommen, während eine Anzahl harmloserer Leute wieder freigelassen werden konnte. Der Kampf gegen die illegalen Bestrebungen gestaltete sich in der letzten Zeit besonders schwierig, da die Kommunisten

in ihren Lernungsmethoden immer raffinierter wurden. Trotzdem konnten zahlreiche Verführer neuerer ausgehoben werden, wobei große Mengen von Waffen und Munition beschlagnahmt wurden.

Bei den zahlreichen Aktionen gegen die Marriisten, besonders kommunistischer Färbung, hat das Geheime Staatspolizeiamt bisher allein in Berlin etwa 25 000 Zentner Druckschriften beschlagnahmt und eingezogen. Gerade gegen die Herstellung illegaler Zeitschriften und Flugblätter konnten neuerdings wieder entscheidende Maßnahmen durchgeführt werden. Es hat sich herausgestellt, daß sich die Kommunisten fast ausschließlich kleiner

notleidender Buchdruckerbetreiber bedienen, die sich dadurch gefügig machten, daß sie ihnen große Verdienste versprochen. Von den in Berlin ermittelten rund zehn kleineren Buchdruckern, die für die Kommunisten arbeiteten, sind fünf oder sechs auf frischer Latapt worden. Es ist der Polizei in fast allen Fällen gelungen, die gesamte Auflage der betreffenden illegalen Schriften zu beschlagnahmen.